

*Anrede,*

als ich der Koalition zugehört habe, musste ich – frei interpretiert – an die Fabel denken, in der sich eine Krähe mit Pfauenfedern schmückt und dabei das schönste Klagelied einer Nachtigall singt. Wir haben gehört, dass der Entwurf zwar Härten enthalte, im Ganzen aber gar nicht so schlimm sei. Er ist aber nur deshalb kein totaler Kahlschlag, weil Sachsen sich Geld für Investitionen und die Kommunen leiht. Das wird mehr beklagt als die Notwendigkeit begründet. Hinzu kommen Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen. Solche Kredite haben wir Linken jahrzehntelang gefordert – die CDU hat sie abgelehnt. Gemeinsam mit den Grünen und der Unterstützung der SPD konnten wir ihre Blockade beim letzten Haushaltsbeschluss durchbrechen.

Die Koalition kann also froh sein, dass sie uns Linke und die Grünen hat. Wir waren der Zement für das Fundament, auf dem sie jetzt ihren Haushaltsentwurf aufbaut. Der Freistaat kann jetzt anderthalb Milliarden Euro aufnehmen, um Werte zu schaffen. Das beschert Land und Kommunen Spielraum, etwa zugunsten von Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Dass die AfD ningtelt, weil die Minderheitsregierung diese und andere Forderungen von Linken und Grünen erfüllen musste, juckt mich kein bisschen. Es ist ein berechenbares Bullshit-Bingo in jeder ihrer Reden. Ich schlafe ruhig in dem Wissen, dass wir Verantwortung übernommen haben. Das scheut die extreme Rechte wie der Teufel das Weihwasser, weil sonst ganz schnell die Luft raus ist aus ihren Heilsversprechen.

Die Linke hat beim letzten Haushalt viele Programme – etwa für zivilgesellschaftliche Akteure – verteidigt, die jetzt nicht mehr in Frage stehen. Gejubelt haben wir damals trotzdem nicht und auch heute hat niemand Grund dazu. Inmitten der Krise von Wirtschaft und Demokratie braucht Sachsen etwas anderes: viel größere, mutigere Investitionen in den Zusammenhalt, in den ökologischen Umbau, in Gesundheit, Pflege und Bildung.

Es ist auch höchste Zeit für aktive Industriepolitik, die den Masterplan Südwestsachsen mit Leben füllt. Das zeigt uns die Lage bei VW auf brutalstmögliche Weise. Das hochbezahlte Management macht seinen Job nicht und ist unfähig, eine Strategie für den Konzern zu entwickeln. Auch deshalb muss der Staat handlungsfähig sein, Druck machen und zugunsten der Beschäftigten handeln.

Der Regierungsentwurf will eine Behelfsbrücke bauen, die uns mit Müh und Not über die nächste Zeit bringt. Wie so manche sächsische Brücke ist sie nicht unbedingt standsicher. So, wie er jetzt ist, können wir diesen Entwurf jedenfalls nur ablehnen.

Vor allem die Bundesregierung ist schuld daran, dass die Einnahmen langsamer wachsen als die Ausgaben. Wir stünden viel besser da, wenn das Kabinett Merz die Wirtschaftslage verbessern und das Steueraufkommen erhöhen würde. Die Vermögenden und die Konzerne müssen aber weiter keinen gerechten Anteil beitragen. Und ein Kanzler, der im Denken vor zwanzig Jahren hängengeblieben ist, kürzt das Land immer tiefer in die Wirtschaftskrise hinein. Darunter leiden bei weitem nicht nur die Krankenhäuser. Dass der Ministerpräsident dem Kanzler bei der Rente widersprochen hat, ist hoffentlich mehr als Wahlkampfunterstützung. Die Bundesregierung braucht Druck, damit sie den Leuten das Leben nicht noch schwerer macht!

Bis dahin müssen wir mit dem arbeiten, was wir haben. Der Haushalt entscheidet über Soziales, Kultur, Jugendarbeit, Bildung, Mobilität, über Beratungsstellen, Vereine und vieles mehr. Wir haben die 4.200 Seiten ausgewertet und beurteilen den Entwurf so nüchtern wie differenziert. Wie gesagt, es ist nicht alles übel. Aber der Entwurf ist meilenweit davon entfernt, gut für Sachsen oder für uns Linke akzeptabel zu sein. Er beantwortet keine der großen sozialen Fragen. Und auch Posten, die gleichbleiben, werden ja gekürzt, weil die Kosten steigen.

Viele Budgets bedürfen der Korrektur, ich nenne nur ein Handvoll Beispiele. Im Gesundheitsbereich stehen, dank unserer Erfolge, die Krankenhausinvestitionen im Fokus. Zusammen mit den Mitteln aus den Sachsenfonds betragen diese rund 300 Millionen Euro pro Jahr, was freilich noch unter dem Bedarf liegt. Dabei brauchen die Krankenhäuser eigentlich einen Puffer, weil das sogenannte „GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz“ sie unter noch viel stärkeren Druck setzen wird. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat es sehr drastisch formuliert: „In seiner jetzigen Form entzieht das Kürzungsgesetz den Kliniken die wirtschaftliche Existenzgrundlage. [...] Die Bundesregierung treibt die gesamte Branche in die Pleite.“ Das treibt mir auch ganz persönlich die Sorgenfalten auf die Stirn.

Im Regierungsentwurf stehen überdies Kürzungen bei Geburtshilfe, fachärztlicher Weiterbildung, Prävention und Telemedizin gegenüber, die wir nicht hinnehmen. Wir wehren uns dagegen, dass für Innovationsvorhaben zur medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum de facto kein Geld mehr da sein soll. Nicht akzeptabel sind auch die Kürzungen bei den Tierschutzvereinen.

Anstiege gibt es meist bei den Pflichtleistungen, bei freiwilligen Leistungen bleiben die Budgets im besten Fall formal konstant, was wegen der Kostensteigerungen aber de facto auch eine Kürzung ist. Der Kernbereich Soziales mit Feldern wie Inklusion, ältere Menschen oder Pflege wird im Vergleich am stärksten geschrumpft, bei der Inklusion um ein Drittel. Das gefährdet die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, bei der wir sowieso schon weit zurückliegen. Das Landesblindengeld und die weiteren Nachteilsausgleiche bleiben zu niedrig. Das ist höchst ungerecht. Auch die Pflegebudgets sowie Pflegekoordinatorinnen und -koordinatoren sowie die Engagierten, die ältere Menschen im Alltag begleiten, unterliegen Kürzungen.

Sehr besorgt sind wir auch angesichts der Kürzungen zulasten der Hochschulen, wo die Defizite weiterwachsen. In diesem Bereich ist 2027/28 der größte Stellenabbau vorgesehen. Auch die Studierendenwerke sollen weniger Geld bekommen. An den Schulen gibt es zwar mehr Assistenzstellen, aber zu wenig Sozialarbeit.

Im Wohnungsbau fehlen Mittel für altersgerechten und klimagerechten Umbau, obwohl schon die Hitze allen zeigt, wie nötig er ist. Die Kulturstiftung als zentrales Förderinstrument für die freie Kunst- und Kulturszene soll Einbußen hinnehmen, auch in der Demokratieförderung drohen neue Einschnitte.

Wir als Linke wollen Kriminalität verhindern, bevor sie überhaupt erst entsteht. Deswegen reicht es nicht, nur in die Polizei zu investieren. Dass die kriminologische Forschung gestrichen soll, ist ein Fehler. Das gilt auch für die Kürzungen bei den Projekten des Offenen Vollzuges, die große Erfolge dabei erzielen, Straftäter wieder bereit für ein Leben in der Gesellschaft zu machen.

Sachsen altert und schrumpft. Wir brauchen deshalb auch Zuwanderung. Geflüchteten zu helfen ist außerdem unsere humanistische Pflicht. Deshalb halten wir es auch für falsch, dass im Haushaltsentwurf gerade bei der Integration gekürzt wird, unter anderem bei der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, beim Mentoring für zugewanderte Arbeitssuchende oder beim Programm „Integration durch Sport“. Apropos Sport: Auch über die Sportförderung müssen wir reden, etwa über das Verhältnis von Spitzen- und Breitensport.

Und im Verkehrsbereich werden Ressourcen von Bus, Bahn und Radverkehr zum Straßenbau verschoben. Dem Haushaltsplan für das Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft merkt man an, dass der zuständige Minister sich leider vor allem für Letztere interessiert. Die Kürzungen im Bereich des Natur- und Klimaschutzes und der nachhaltigen Wirtschaft sind für uns nicht akzeptabel. Das Hauptinteresse des Umweltministers liegt offensichtlich darin, das Erbe der grünen Regierungsbeteiligung zu tilgen.

Was vielen nicht klar ist: Der Landtag kann nur einen Bruchteil der 53,5 Milliarden Euro wirklich frei verteilen. Das meiste Geld ist durch Personalausgaben, gesetzliche Aufgaben oder Bundes- und EU-Programme gebunden. 2025 konnte das Parlament etwa zwölf Prozent des Geldes bewegen, auch 2027 und 2028 wird es nur etwa ein Zehntel sein. Umso wichtiger ist es, diese Mittel sinnvoll einzusetzen. Wir werden mit Änderungsanträgen zeigen, wie wir das machen wollen.

Dazu konsultieren wir derzeit wieder die Gesellschaft. Letzte Woche hatten wir eine volle Veranstaltung. Bald folgt unsere Hearing-Woche zum Doppelhaushalt mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wir sprechen mit vielen Menschen, deren Arbeit der Haushalt unmittelbar betrifft. Auf dieser Grundlage werden wir als Linke zu gegebener Zeit entscheiden, ob wir ein Gesprächsangebot der Koalition annehmen würden – wenn es denn eines geben sollte. CDU und SPD stehen in der Verantwortung, eine Mehrheit für den Landeshaushalt zu organisieren. Das ist möglich, allen Unkenrufen zum Trotz. Wenn kein Etat beschlossen wird, kostet das viele Arbeitsplätze und zerstört Strukturen, auf die unser Land keinesfalls verzichten kann.

Wir wissen, wessen Interessen wir vertreten – jedenfalls nicht die der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, der kreditfinanzierte Investitionen verdammt und gegen schützende Arbeitszeitregeln agitiert. Für uns stehen Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Zusammenhalt ganz oben. Wir stehen an der Seite aller, die sich jeden Tag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufreihen – die Beschäftigten, die Sozialverbände, die Gewerkschaften und alle anderen, die für Gerechtigkeit eintreten.